



# Straßenbeitragsfreies Hessen

eine AG hessischer Bürgerinitiativen

[www.strassenbeitragsfrei.de](http://www.strassenbeitragsfrei.de)

## Hessischer Landtag Wiesbaden

Am 28. Juni 2023 fand die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der SPD statt („Vollständige Abschaffung Straßenausbaubeiträge“). Nach einer schriftlichen Anhörung, bei der 18 von 19 Anzuhörenden den Gesetzentwurf grundsätzlich befürworteten, hatte der zuständige Innenausschuss mit schwarzgrün/FDP Mehrheit die Abstimmung in zweiter Lesung und Ablehnung(!) empfohlen.

Die Videoaufzeichnung ist jetzt verfügbar (Teil 1 <https://youtu.be/eZiITyYCUtM> und Teil 2 <https://youtu.be/yolYr6mGWQ> ).

## Zur Debatte

Der Abgeordnete Holschuh gibt die Empfehlung des Innenausschusses bekannt.

Redner Günter Rudolph (SPD) begrüßt die Vertreter von Verbänden und Bürgerinitiativen auf der Tribüne, erläutert die Probleme der heutigen Situation und den Gesetzentwurf. Abschließend beantragt er eine dritte Lesung (voraussichtlich in der Plenarwoche vom 18. bis 20. Juli).

Der Redner der FDP versucht, den Gesetzentwurf zu zerreden mit Scheinargumenten, die schon zigmal widerlegt wurden. Schäfer wälzt die Verantwortung auf ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker ab und findet ansonsten alles ganz wunderbar. Insofern lohnt es sich nicht weiter darüber zu berichten.

Bernd-Erich Vohl (AfD) stellt fest, dass das Thema Strabs zum X.ten Mal mit gutem Grund auf der Tagesordnung sei, da es Aufgabe der Opposition sei, Mißstände aufzuzeigen. Er fragt sich, warum sich die hessische CDU so schwer tut mit der Abschaffung und zitiert aus einer CDU Pressemitteilung im Nachbarland RLP. In Hessen werde die Zeit der Straßenbeiträge spätestens mit den nächsten Koalitionsvertrag abgelaufen sein. Die AfD werde dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen und namentliche Abstimmung beantragen.

Vom Redner der CDU, Alexander Bauer, kommt nichts Neues. Er tut - wie schon in den Debatten zuvor – so, als sei alles bekannt und bestens geregelt. Mit keiner Silbe erwähnt es, dass immerhin 18 der 19 Stellungnahmen sich für Annahme des SPD Entwurfs aussprechen. Die vielen geschilderten Unstimmigkeiten sind für ihn offenbar kein Grund, sich ernsthaft mit den Problemen auseinanderzusetzen.

Torsten Felstehausen (Die LINKE) stellt fest, dass mit dem klaren Votum in den Stellungnahmen die Politik nicht komplex, sondern sehr einfach sein kann. Dazu müssten die Verantwortlichen allerdings den Mut und die Haltung haben, sich einen Fehler einzugestehen. Aber Schwarz-Grün verweigere sich der nahegelegensten Lösung und tue gleichzeitig so, als wenn es überhaupt keine Probleme gäbe. Auch die kommunalen Spitzenverbände seien aufgeschlossen für eine Abschaffung. Die LINKE rege einen Härtefallfonds nach bayerischem Vorbild an und werde in diesem und notfalls auch im nächsten Parlament die Abschaffung unterstützen.

Der Redner der B90-Grünen zeigt gleich zu Anfang die inzwischen bekannte Position seiner Partei gegen Wohneigentum und spricht von einem Wahlkampfmanöver zu Lasten derer, die kein

Grundeigentum haben. Wenn Herr Hofmann dann behauptet „ Die Auswertung der schriftlichen Anhörung hat ergeben, dass sich keine neuen Argumente gefunden haben.“, zeigt sich, dass er nichts gelesen oder nichts verstanden hat. Einige Sätze später: „Adressat muss also die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister der jeweiligen Kommune sein.“ Ob ihm klar ist, dass über den Erlass wie auch die Aufhebung einer Straßenbeitragssatzung die Gemeindevertreter bzw. Stadtverordneten entscheiden? Kurz darauf Hofmann mit Habeckschem Format: „Und das ist weniger eine Frage, ob eine Kommune wohlhabend ist oder nicht, sondern ob eine Kommune eine andere Form der Finanzierung findet.“ Was meint Hofmann, wenn er dann behauptet „ Darüber gibt es sogar noch eine Sonderregelung, bei denen man wegen übertriebener Härten die Straßenbeiträge aussetzen kann.“? Da stellt sich die Frage, wo und was diese Sonderregelung war, als Leute wie Familie Gahr oder andere ihr Haus wegen 100.000 Euro Straßenbeitrag verkaufen mussten? Der Fall lag immerhin als Petition beim Landtag!

Abschließend Innenminister Beuth, dem kein anderes Argument mehr einfällt als die „kommunale Selbstverwaltung“, die er selbst je nach Situation aber auch gerne mal kassiert (Herbsterlass 2014, Wegfall erhöhte Gewerbesteuerumlage 2019 etc.). Es stellt sich allerdings die Frage, ob und welche Stellungnahmen Herr Beuth wirklich gelesen haben, wenn er sagt: „Der hessische Städte- und Gemeindebund und der hessische Städtetag haben ebenfalls erklärt, dass sie einen solchen Gesetzentwurf ablehnen.“ Das ist falsch. In den uns vorliegenden Stellungnahmen heißt es, dass man mit einer gesetzlichen Abschaffung der Straßenbeiträge einverstanden ist, wenn die Einnahmeausfälle aus originären Landesmitteln außerhalb des KFA gewährleistet wird (wie es im Gesetzentwurf der SPD gefordert wird). Aber die eigenwilligen Interpretationen des Innenministers sind uns ja seit seiner spitzfindigen Umformulierung bei der Ratenzahlung über 20 Jahre bekannt.

## **Fazit**

Es wird eine dritte Lesung mit namentlicher Abstimmung geben (voraussichtlich 18. bis 20. Juli).

Die Abgeordneten der Regierungskoalition mitsamt denen der FDP täten gut daran, sich etwas intensiver mit der Situation und den vielen Problemen der Straßenbeiträge in Hessen zu informieren.

## **Besuchsrahmen**

Der kurzfristigen Einladung sind Vertreter der Initiativen aus Riedstadt, Großalmerode-Trubenhäuser, Hadamar, Niederaula sowie vom Verband Wohneigentum Hessen gefolgt. Es gab gute Gespräche mit Vertretern der Fraktionen von SPD und Die LINKE.

## **Weiteres**

Eine Pressemitteilung vom Verband Wohneigentum liegt dank Andrea Müller-Nadjm bereits vor. Karin Lein hat die Debatte online verfolgt und die Redebeiträge niedergeschrieben.

Gerne kann der Zeitraum 18. bis 20. Juli für einen Landtagsbesuch zur dritten Lesung mit Abstimmung blockiert werden. Info folgt, sobald Termin exakt feststeht.

## **Herzlichen Dank an alle Beteiligten!**

30. Juni 2023

Andreas Schneider

## **Anlage: Pressemitteilung**

## **Bürgervertretungen aus ganz Hessen im Landtag**

Um zu erleben, wie in der 2. Lesung im hessischen Landtag zum Thema Strassenausbaubeiträge befunden wird, waren zahlreiche Bürgervertretungen aus ganz Hessen nach Wiesbaden angereist.

Seit Jahren wird trotz etlicher Reformversuche um das umstrittene und alte Kommunalabgabengesetz aus Kaiserzeit gerungen. Die höchsten staatlichen Abgaben, die einen Bürger per Bescheid belasten, sind ein Dauerthema in Anhörungen, Ausschüssen und Abstimmungen.

Aktuell liegt wieder ein Gesetzentwurf, dieses mal der Fraktion der SPD auf dem Tisch, der die Abschaffung der Beiträge und den finanziellen Ausgleich für die Kommunen aus Landesmitteln vorsieht.

Das Interesse an den Redebeiträgen aller im Landtag vertretenen Fraktionen beizuwohnen war groß: Der VWE (Verband Wohneigentum Hessen e.V.), Deutschlands größter Verbraucherschutzverband für selbstgenutztes Wohneigentum, die Arbeitsgemeinschaft Strassenbeitragsfreies Hessen, Bürgerinitiativen und Betroffene aus ganz Hessen saßen am 28. Juni auf den Rängen der Besuchertribüne. Alle verbindet die Hoffnung auf die landesweite Abschaffung. Diese Hoffnung resultiert auch aus der jüngsten Anhörung; hier stimmten 18 von 19 Anzuhörenden der Abschaffung zu. „Warum dennoch die Fraktionen CDU, Grüne und FDP weiterhin gegen die Bürger und zu Lasten der Kommunen die anhaltende Problematik verkennen, ist den betroffenen Menschen schon lange nicht mehr zu vermitteln“ so die 2. Landesvorsitzende des VWE Hessen e.V. „Andrea Müller-Nadjm. Sowohl die AG als auch der VWE hatten um eine Nachbesprechung noch vor Ort gebeten. Leider fanden CDU, Grüne und FDP keine Zeit für ein Gespräch. Gesprächsbereit waren die Fraktion der SPD und Linken. „Wir danken den politischen Vertretern, die sich in unserem Sinne für die mit dem veralteten Gesetz verbunden realen Nöte befassen und nicht müde werden für das endgültige Aus dieses konfliktreichen Themas zu streiten,“ so Andreas Schneider, Sprecher der AG.

Durch die fehlende Zustimmung der Regierungsfractionen CDU und Grüne wird die Gesetzesvorlage der SPD im Juli in die 3. Lesung gehen.

Ein Ohr für die Lösungsvorschläge des Verbandes und der AG hatten: Günter Rudolph (Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion), die nordhessischen Abgeordneten der SPD, sowie Torsten Felstehausen (parlamentarischer Geschäftsführer) und Jan Schalauske (Fraktionsvorsitzender) und Felix Wiegand von der Fraktion die Linke.



Von links: Tanja Hartdegen (MDL SPD für Bad Hersfeld), Karina Fissmann (MDL SPD für Werra-Meißner-Kreis/HEF), Andreas Schneider (Sprecher der AG Strassenbeitragsfreies Hessen), Georg Rannenber (BI Trubenhäusen), Herr und Frau Metzger (Interessengemeinschaft Straßenbeiträge Riedstadt), Andrea Müller-Nadjm (2. Landesvorsitzende VWE Hessen), Karl-Heinz Battenberg (Bürger für Niederaula) und Knut John (Fachsprecher Ländlicher Raum ESW)